

Annoncen

Annahme-Bureau... In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17.) bei C. H. Alric & Co. Breitestraße 20, in Grätz bei J. Streifand, in Reserich bei Ph. Matthias, in Breschen bei J. Jabschn.

Annoncen

Annahme-Bureau... In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. J. Paube & Co., Haafenstein & Vogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidenbank“.

Posener Zeitung. Neunzigster Jahrgang.

Nr. 220.

Donnerstag, 29. März.

1883.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Proforme 20 Pf. die sechsgehaltene Petitzeile ober deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 6 Uhr Nachmittags angenommen.

Die Berliner Post hat heute wieder einmal in Kreuz den Anschluß nicht erreicht, so daß uns Briefe und Zeitungen aus Berlin bis zum Schluß dieses Blattes nicht zugegangen sind. Wir werden das Wichtigere in einem erweiterten Abendblatt bringen.

Politische Uebersicht.

Posen, 29. März.

In den Kreisen liberaler Reichstagsabgeordneter hält man, wie der „Bresl. Ztg.“ geschrieben wird, sich fester als je davon überzeugt, daß eine Auflösung des Reichstages binnen nicht langer Frist bevorsteht und trifft die vorbereitenden Maßregeln. Welcher Anlaß dazu gewählt wird, welchen Erfolg die Regierung sich davon verspricht, liegt freilich im Dunkeln. Allein eine Reihe von Thatsachen läßt sich nur erklären, wenn man von dieser Voraussetzung ausgeht. Aus den Provinzen gehen Nachrichten ein, daß die Konservativen sich eifrig auf die Wahlen berufen. In solchen Wahlkreisen, in denen sie ihre Niederlage bei den letzten Wahlen der Ungeschicklichkeit ihres Kandidaten zuschreiben, suchen sie sich bessere Kandidaten aus. Wo sie allein zu siegen nicht hoffen können, tragen sie den Nationalliberalen Allianzen an. Kurz, man sieht, daß sie Zeit für geeignet halten, ihre Waffen zu schärfen. Und sie müssen besser wissen, was vorgeht, als wir. Die beiden letzten Ministerwechsel harren ja noch einer Aufklärung, aber darüber ist Alles einig, daß sie eine der liberalen Sache günstige Bedeutung nicht haben können und man wird nicht daran zweifeln dürfen, daß sie das Borspiel bilden zu einer energischen Aktion gegen die liberale Partei. Wie man gegen die letztere alle möglichen Vorwürfe zusammensucht, erhellt am Besten daraus, daß man ihr das Scheitern der Verhandlungen mit Spanien zur Last legt. Es wird der „Nordb. Allg. Ztg.“ schwer werden, auch nur einen einzigen Artikel eines liberalen Blattes namhaft zu machen, durch welchen sie ihre schweren Vorwürfe belegen kann. Die liberale Presse hatte sich darauf beschränkt, den lange anhaltenden Zustand der Unsicherheit zu beklagen, von dem man sich in Regierungskreisen anscheinend gar keine Rechenschaft darüber gegeben hatte, wie drückend er war. Daß man in freihändlerischen Kreisen Spanien zu übertriebenen Anforderungen ermuthigt hat, ist offenkundig unwahr. Sehr schwer trifft dagegen das gouvernementale Blatt der Vorwurf, daß es die bestehende Unsicherheit noch gesteigert hat, indem es fortwährend Hoffnungen auf einen günstigen Ausfall nährte, während es jetzt offen eingestehen muß, daß diese Erwartung völlig unbegründet ist. Ohne Zweifel gehen wir einem sehr schweren Wahlkampf entgegen.

Zu der in unserem heutigen Morgenblatt mitgetheilten Nachricht von der Fortsetzung der diplomatischen Verhandlungen mit der Kurie bemerkt die „Germ.“, sie würde die Ankündigung, daß die Verhandlungen nun in das Konkrete und Spezielle eintreten, mit viel mehr Vertrauen und Hoffnung begrüßen, wenn nicht dieser Tage noch die Veröffentlichungen der „N. A. Z.“ stattgefunden hätten.

Der päpstliche „Moniteur de Rome“ schreibt über die gegen den Papst und Ledochowski gerichteten Angriffe der „N. A. Z.“: „Eine solche Haltung verräth durchaus keine friedlichen Intentionen; sie sucht die öffentliche Meinung zu verwirren, indem sie Fragen sekundärer Art auf den ersten Platz stellt. Hat die Regierung diese sonderbare Strategie notwendig? Muß man immer Jemanden angreifen, um das Friedenswort zu fördern? Die Regierung weiß sehr wohl, daß der Kardinal Ledochowski immer eine würdige und reservirte Haltung bewahrt und sich nicht in die kirchenpolitische Frage gemischt hat. Wenn ein katholisches Organ dem Beispiel der „Nordb. Allg. Ztg.“ folgen und so beleidigende Insinuationen gegen den Kaiser und seinen Hof richten würde, dann erhöhe sich in Deutschland gerechte Entrüstung. Was den katholischen Organen verboten ist, sollte das denn der liberalen Presse gestattet sein?“

Was wird die „Nordb. Allg. Ztg.“ dazu sagen, daß das römische Blatt sie zur liberalen Presse zählt? Mit Recht macht übrigens die „Dan. Ztg.“ darauf aufmerksam, daß die Anknüpfung neuer Verhandlungen mit der Kurie auch den Erfolg haben wird, den Kultusminister gegen die Anforderungen einer selbständigen Revision der Maigesetze sicher zu stellen. Der „Reichsbote“ hat die Festpaufe benutzt, sich darüber klar zu werden, daß eine solche Revision seitens der konservativen Partei in Angriff genommen werden müsse, er wird aber damit wenig Erfolg haben, so lange zwischen Berlin und Rom noch Altensüde hin- und hergeschickt werden. Da die preussische Regierung sich zu neuen Zugeständnissen bereit erklärt hat, so wird Dr. Windthorst wohl noch einmal auf die Beratung seiner Anträge vertrauensvoll Verzicht leisten.

Zu dem in der Schweiz durch die Ernennung Mermillob's zum Bischof von Lausanne und Genf wieder akut gewordenen Kirchenkonflikte ist folgendes übersichtliche Material

von Interesse. Das Verfassungsgezet über den katholischen Kultus (vom 19. Februar 1873) bestimmt in Art. 2:

Nur dem vom Staat anerkannten Diözesanbischof steht das Recht zu, innerhalb der Grenzen des Gesezes die bischöfliche Jurisdiktion und Verwaltung auszuüben. Wenn der Diözesanbischof seine Vollmachten einem Mandatar (Stellvertreter) überträgt, so kann er dies nur auf seine eigene Verantwortlichkeit hin, und der betreffende Deligirte muß vom Staatsrathe bestätigt sein. Die vom Staatsrathe diesem Mandatar ertheilte Befähigung kann demselben jederzeit wieder entzogen werden. Die katholischen Pfarrengemeinden des Kantons müssen einen Bekandtheil einer schweizerischen Diöcese bilden. Der bischöfliche Sitz darf nicht nach dem Kanton Genf verlegt werden.“

Nicht bloß das Organ der Regierung, der „Genévois“, sondern auch das „Journal de Genève“ besteht darauf, daß dieser Gesetzartikel in strengster Anwendung gebracht werde. Unter keinen Umständen darf Mermillob seinen Sitz in Genf nehmen, auch unter keinen Umständen bischöfliche Handlungen im Kanton vornehmen. Der „Genévois“ giebt folgende bestimmte Erklärung ab:

„Die römisch-katholischen Kirchengemeinden Genfs haben bis jetzt den Anspruch erhoben, unter der geschwägigen Leitung Mermillob's, „apostolischen Vikars von Genf“, zu leben. Wenn Mermillob auf diesen Titel verzichtet und die Gemeinden den Anschluß an irgend ein römisch-katholisches Bisthum in der Schweiz verlangen, so sind wir bereit, ihnen die Rückkehr zur Ordnung und Gesechlichkeit zu erleichtern; ober welchem Bisthum sie sich auch anschließen mögen, wir werden niemals zugeben, daß an der Spitze dieses Bisthums Mermillob stehe. Jede Kombination, die zum Zweck und zum Erlolge hätte, auf irgend einem Umwege die Genfer Ultramontanen unter die gesekliche Obhut jenes Mannes zu stellen, der sich angemast hat, sie gegen das Gesez zu leiten, würde uns als ein Angriff auf die Autorität des Staates erscheinen und von der Mehrheit unseres Volkes als ein blutiger Vohn betrachtet werden. Die Lage, welche aus einer solchen Maßregel entsände, würde, da die Absichten und der Charakter Mermillob's bekannt genug sind, sofort traurige Früchte tragen. Keine Regierung, die auf die Wahrung ihres Rechtes, ihrer Würde und der öffentlichen Ordnung bedacht ist, wird sie schaffen helfen.“

Daß Mermillob wirklich die Absicht hat, sich in den Kanton Genf einzudrängen, geht aus folgendem Geständniß der Freiburger „Liberte“ hervor:

„Bischof Mermillob wird seinen Sitz nicht nach Genf verlegen, er freut sich vielmehr in einer so gut katholischen Stadt wie Freiburg zu leben; in dessen würden ihn die schwierigen finanziellen Verhältnisse der römisch-katholischen Gemeinden im Kanton Genf, die nicht nur etwa fünfzigtausend Franken zum Unterhalt der Pfarregeistlichen jährlich bedürften, sondern auch die innere Ausstattung ihrer Kirchen noch zu besorgen hätten, sehr häufig von seiner Residenz entfernen. Aus diesem Grunde ist ein Hilfsbischof in Freiburg ernannt worden.“

Wie schon an anderer Stelle erwähnt, hat sich der Genfer Staatsrath bereits entschieden gegen jede Amtstätigkeit des neuernannten Bischofs innerhalb des Kantons Genf ausgesprochen; gerade die Ernennung des bischöflichen Stellvertreters hatte den Staatsrath besonders flugig gemacht und vermuten lassen, daß es sich nach der Absicht des Vatikans nur um eine Veränderung der Form handele, in Wirklichkeit aber das alte Ziel, die bischöfliche Seelsorge Mermillob's im Kanton Genf erstrebt werde. Wie sich zu dem kategorischen Votum der Genfer Kantonsbehörde der Bundesrath stellen wird, muß abgewartet werden. Jedenfalls befindet sich die Schweiz wieder mitten im „Kulturkampf“.

Die russische Regierung beabsichtigte eine Denkschrift über die von ihr mit der römischen Kurie jüngst zum Abschluß gelangten Verhandlungen zu veröffentlichen. Die Regierung hatte bereits die Zustimmung des Papstes zur Veröffentlichung verschiedener darauf bezüglicher Schriftstücke verlangt, als plötzlich der Kurie über diesen Punkt Bedenken aufstiegen, welchen die Petersburger Regierung Rechnung zu tragen für gut befand und in Folge dessen sich veranlaßt sah, wie der „P. C.“ aus Petersburg geschrieben wird, auf die Veröffentlichung der Denkschrift zu verzichten. Welcher Art die Bedenken der Kurie gewesen, wird nicht gesagt.

In Petersburger gut unterrichteten Kreisen gilt die Ernennung des früheren Hofministers Grafen Adlerberg zum Vizekanzler als nahe bevorstehend; seine Ernennung zum Kanzler an Stelle des Fürsten Gortschalow wird während der Krönung erwartet.

Zum serbischen Kirchenkonflikte hatte ein Telegramm aus Belgrad vom 24. d. M. die Veröffentlichung eines königlichen Erlasses gemeldet, nach welchem die serbische Synode zum 1. April zur Wahl der Bischöfe und des Metropoliten einberufen wird. Diese Meldung wird von der „Pol. Corr.“ dahin erläutert: Nachdem die serbische Kirchenfrage nunmehr geregelt ist, wurde die zur Wahl eines Metropoliten niedergesezte Kommission auf den 1. April zur Vornahme des Wahlatles einberufen. Die „Regelung der Kirchenfrage“ bedeutet, daß die Regierung über die Opposition der Bischöfe den Sieg davongetragen. Die serbischen Bischöfe hatten, als der König das Gesez über die Organisation des Kirchenregiments, welches die Mitwirkung der Regierung bei der Bischofswahl feststellt, sanktionirt hatte, sämmtlich in der Hoffnung ihre Entlassung eingereicht, daß der König aus Furcht, Klerus und Volk halte zu den Bischöfen, eber seine Minister aufgeben, als die Demission annehmen werde. Aber die Weltgeistlich-

keit wie die Gemeinden blieben vollständig neutral. Die Weltgeistlichen hatte die Regierung dadurch gewonnen, daß sie durch das Organisationsgesez ihre Lage verbessert hatte, und das Volk fühlte heraus, daß jede Unterstützung der Bischöfe eine Parteimahme für die Russen wäre, da die Bischöfe russisch gesinnt sind. Von den Russen aber will die Majorität des serbischen Volkes nichts wissen. Der König hätte also ruhig die Demission der Bischöfe annehmen können. Borerst jedoch versuchte der Unterrichtsminister Novakovic die renitenten Bischöfe zu einer korrekteren Haltung zu bewegen; und erst als dies vergebens war, beschloß die Regierung, die Wahl neuer Bischöfe, wie des Metropoliten nach dem neuen Kirchengeseze vornehmen zu lassen. Die Hartnäckigkeit der Bischöfe rührte von der Annahme her, die ganze Kombination werde an dem Umstande scheitern, daß Serbien überhaupt keinen Bischof mehr hat, um den neuen Episkopat kirchlich zu installieren. Der Unterrichtsminister begab sich aber am 19. März nach Karloviz in Ungarn, um den dortigen Patriarchen zu bewegen, die Konsektrierung der neuen serbischen Bischöfe vorzunehmen. Wenn nun jetzt aus Belgrad gemeldet wird, daß die Kirchenfrage geregelt ist, so muß der Patriarch seine Einwilligung gegeben haben. Am 1. April tritt nun die Kommission zur Bischofswahl zusammen, und die serbische Regierung hat damit bewiesen, daß jede Hierarchie in die Schranken zu weisen ist, wenn nur die weltliche Macht dazu den ersten Willen hat und die richtigen Mittel ergreift.

Das Bahnprojekt Gnesen-Nakel.

Der Bericht der Budget-Kommission über das Bahnprojekt Gnesen-Nakel lautet folgendermaßen:

Der Referent befürwortet die Regierungsvorlage und beantragt die Genehmigung der letzteren Seitens der Kommission. Auf eine Anfrage des Referenten an die Herren Regierungskommissarien, wie sich die königliche Staatsregierung gegenüber den Projekten,

- 1. die Bahn von Nakel über Kroszen nach Koniz fortzuführen, und
2. dem Projekte, eine Bahn von Inowrazlaw nach Rogasen zu führen, stelle.

antworteten die letzteren, daß sich die königliche Staatsregierung diesen Projekten gegenüber nicht ablehnend verhalte, aber zur Zeit noch keine bestimmten Erklärungen bezüglich dieser Strecken abgegeben werden können. Für die Strecke von Inowrazlaw nach Rogasen sei, wie bereits in der Denkschrift hervorgehoben, die Anfertigung genereller Vorarbeiten angeordnet worden.

Auf eine weitere Anfrage Seitens eines Kommissionsmitglieds, warum nicht direkt von Gnesen nach Bromberg gebaut werden solle, erwiderten die Vertreter der königlichen Staatsregierung, es sei eingehend erwogen, ob man in Bromberg oder in Nakel anschließen solle; hierbei habe sich herausgestellt, daß der Handel und der landwirthschaftliche Verkehr der betreffenden Gegend hauptsächlich sich in Nakel konzentrierte und der Anschluß an diese Stadt daher den in Frage kommenden Verkehrsinteressen am Meisten entspreche. Auch aus der Mitte der Kommission wurde dies im Laufe der Diskussion bestätigt. Demnach wurde von mehreren Mitgliedern nachstehender Antrag eingebracht:

Die Kommission wolle beschließen, im § 1 C. a. (bei Nr. 5 Gnesen-Nakel) die Summe von 180,000 Mark auf 90,000 Mark zu ermäßigen.

Zur Begründung wurde angeführt: Die aufzuschließende Gegend liege noch in den ersten Anfängen der Landeskultur; die einzelnen Kreise hätten die Grunderwerbszuschüsse nur bewilligt unter der Bedingung, daß die Bahn Posen-Bromberg direkt gebaut werde. Die Provinz Posen namentlich habe für Chaußen mehr als jede andere Provinz Ausgaben gemacht und die Kreise Wogrowiz und Gnesen seien verschuldet. Die Herabsetzung des den Interessenten zur Last gelegten Baarzuschusses um die Hälfte sei durchaus ein Akt der Billigkeit. Hiergegen wurde von vielen Seiten bemerkt, daß es durchaus nicht angängig sei, dem Antrage zu entsprechen, da die projektirte Bahn nur Gegenden mit gutem und ertragreichem Boden durchschneide. Der Landstrich würde sich sehr bald heben, insbesondere würde sich Industrie und Gernerbstätigkeit sehr bald entwickeln, auch sei es den Landwirthern ermöglicht, durch besseren Abjaz ihrer Produkte in geeigneter Weise zu konkurriren; für alle diese großen Vortheile seien die von der Regierung geforderten Opfer nicht zu hoch. Schließlich wurde noch der Antrag gestellt, nachstehende Resolution zu fassen:

Die Kommission wolle beschließen, die königliche Staatsregierung aufzufordern, der in den Motiven angeedeuteten Herstellung einer Querverbindung von Westen nach Osten — Inowrazlaw-Rogasen — möglichste Berücksichtigung und Förderung angedeihen zu lassen.

Bei der Abstimmung wurde der oben erwähnte Antrag sowie die Resolution, nachdem sich auch die Vertreter der königlichen Staatsregierung dagegen ausgesprochen hatten, abgelehnt und die Regierungsvorlage angenommen.

Die Kommission beantragt demnach:

- Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen:
1. § 1 I. a. Nr. 5 für die Eisenbahn von Gnesen nach Nakel die Summe von 4,880,000 Mark unverändert zu bewilligen;
2. die Petitionen II. Nr. 372, 483, 718, 7181-9 und 741 der königlichen Staatsregierung als Material zu überweisen.

Locales und Provinzielles.

Posen, 29. März.

A. Die hiesige Waisenmädchen-Anstalt, jetzt Graben Nr. 8 untergebracht, ist durch die verstorbene Konfistorialrätin Jacob mit



Meteorologische Beobachtungen zu Posen im März.

Table with columns: Datum, Stunde, Barometer auf 0 Gr. red. in mm., Wind, Wetter, Temp. in Cels. Grad.

Produkten-Börse.

Marktpreise in Breslau am 28. März.

Table with columns: Festsetzungen der städtischen Markt-Deputation, gute, mittlere, geringe Waare.

Breslau, 28. März. (Antlicher Produkten-Börsen-Bericht.)

Text describing market prices for various goods like wheat, rye, and flour in Breslau.

Stettin, 28. März. Wetter: bewölkt, +3° N., Nachts -2° N.

Text describing market prices for various goods like wheat, rye, and flour in Stettin.

Danzig, 28. März. (Getreide-Börse.) Wetter: Schneefall, feucht und trübe.

Text describing market prices for various goods like wheat, rye, and flour in Danzig.

Stadttheater in Posen.

Freitag, den 30. d., bleibt die Bühne wegen Vorbereitungen zum Gastspiel des Herrn Dr. Aug. Förster geschlossen.

Vermishtes.

Oberrheinbrunn. Das Linsenpublikum weiß in der Regel von den Salzbrunnen Quellen nur das Eine zu sagen, daß sie eine hervorragende Einfluss auf erkrankte Lungen haben.

Die wunderlichsten Persönlichkeiten. Der Monte-Christo unserer Zeit, ist unlängst in Madrid gestorben.

Briefkasten.

J. A. 33. Sowohl die Mutter wie das Kind haben Ansprüche gegen den Vater des Letzteren.

Spezialsaal.

Wir erhalten folgendes Schreiben: Der verehrten Redaktion theile zur gefälligen beliebigen Benutzung für Ihr Blatt folgenden Vorfalle mit:

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 28. März Morgens 1,50 Meter.

Hilfe gesammelter, zum Theil fortlaufender Beiträge gestiftet und am 12. Januar 1828 mit 6 Waisenmädchen eröffnet worden.

Strzalkowo, 28. März. [Sektion. Verurtheilung. Tolle Hunde. Kontrollversammlung und Ersatz-Geschäft.]

Znojczslaw, 27. März. [Kämmerei-Rassen-Stat. Ruffikalverein. Belohnung.]

Landwirthschaftliches.

V. Zum Viehtransport auf den Eisenbahnen. Beim Verwiegen von Vieh beladenen Wagen ist wiederholt ein erhebliches Mehrgewicht gegen die Tragfähigkeit der Wagen konstatiert worden.

V. Zur Lupinose. Ueber einen von Herrn Gutsadministrator Rieut. Schmidt in Chrostowo (Kreis Schrimm) vor Kurzem ausgeführten Fütterungsversuch mit Lupinen.